

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
Stellungnahme Herrmann/S.2	Die schon zuvor gegen die Planung vorgebrachten Bedenken bleiben weiterhin bestehen. Neben	Wird zur Kenntnis genommen.
Stellungnahmen BUND/ 1.1 Allgemein verständliche Zusammenfassung/ Vorhabenbeschreibung/S.3	Hierzu passt auch, dass die Vorhabenbeschreibung in den nun vorgelegten Unterlagen dem aktuellen Planungs- und Diskussionsstand nicht entspricht. Das beginnt schon mit der Projektbezeichnung. Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan 2030 trägt das Projekt die Bezeichnung „B 293 Lgr. RP/BW - B 10 (2. Rheinbrücke)“ (als Teil des Gesamtprojekts „B 36 Wörth am Rhein (B 9) - Karlsruhe“). Es	Es handelt sich bei dieser Nachanhörung um ein Deckblattverfahren für ein bereits im Verfahren befindlichen Projektes. Daher wurde die Projektbezeichnung entsprechend beibehalten.
Stellungnahmen BUND/ 1.1 Allgemein verständliche Zusammenfassung/ Vorhabenbeschreibung	geht also nicht mehr um einen „Teil der B10 Nordtangente Karlsruhe“. Falsch ist auch die Ausführung, wonach die Kapazitätsgrenze des bestehenden Brückenbauwerks erreicht bzw. oftmals überschritten sei. Kapazitätsprobleme entstehen – insbesondere in der morgendlichen Spitzenstunde in Richtung Karlsruhe – durch die Verengung von 3 auf 2 Spuren östlich der bestehenden Rheinbrücke (vgl. hierzu Bemerkung des Bundesrechnungshofes). Ebenfalls falsch ist die Aussage, dass die 2. Rheinbrücke als Entlastungs- und Umleitungsstrecke für die in absehbarer Zeit anstehende Generalsanierung der vorhandenen Rheinbrücke notwendig sei. Diese Aussage macht schon deshalb keinen Sinn, weil auch bei zügigem Planungs- und Bauverlauf die neue Rheinbrücke nicht bis zur ab 2018 geplanten Ertüchtigung der bestehenden Rheinbrücke fertiggestellt sein kann.	Wird zur Kenntnis genommen.
Stellungnahmen BUND/ 1.1 Allgemein verständliche Zusammenfassung/ Vorhabenbeschreibung	Wie gravierend die Auswirkungen auf viele geschützte Arten sind, wird in der Allgemein verständliche Zusammenfassung gemäß § 6 UVPG dokumentiert. Zu bedenken ist hierbei, dass es sich bei dem Vorhaben nur um ein Teilprojekt handelt und die Verwirklichung des Gesamtprojekts mit den beiden anderen Teilprojekten „B 293 Wörth am Rhein (B 9) - Lgr. RP/BW“ und „B 36 Querspange 2. Rheinbrücke Karlsruhe“ mit weiteren gravierenden Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft verbunden wäre. Zu den Auswirkungen des Teilprojekts „B 36 Querspange 2. Rheinbrücke Karlsruhe“ liegen noch keine detaillierten Untersuchungen vor (zum Zeitpunkt der Anmeldung zum BVWP 2030 noch ohne Planungsbeginn). Klar ist aber, dass ein geplantes Naturschutzgebiet („Waid“) von dem Vorhaben betroffen wäre. Insgesamt sind die vorgelegten Unterlagen zur Umweltverträglichkeit nicht geeignet, eine Bewertung der Auswirkungen des Gesamtprojekts vorzunehmen – diese wäre aber, weil die Teilprojekte einzeln ohne verkehrlichen Nutzen sind, notwendig.	Wird zur Kenntnis genommen

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
Stellungnahmen BUND/ 12.0b Landschaftspflegerischer Begleitplan	<p>4 GEÄNDERTE SCHUTZGEBIETSKULISSE - Geschützte Biotope</p> <p>Der Verlust bzw. die Betroffenheit von geschützten Biotopen wird lediglich über die beanspruchte Fläche quantifiziert. Alle Handlungen die die gesetzlich geschützten Biotope zerstören oder zu sonstigen Beeinträchtigungen führen können, sind grundsätzlich verboten. Sollen – wie durch die vorliegende Planung – trotzdem Biotope zerstört oder beeinträchtigt werden, müssen die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden. Um die Gleichwertigkeit von Eingriff und Ausgleich zu bestimmen, reicht es nicht, die Fläche zu ermitteln, sondern es muss auch der Biotopwert bestimmt werden. Um eine fachliche Prüfung zu ermöglichen, sind die zu beanspruchenden Biotope und ihr Wert kartografisch und tabellarisch darzustellen und den neu zu schaffenden Biotopen gegenüber zu stellen.</p>	<p>Im Rahmen des landschaftspflegerischen Kompensationskonzepts wird auch der Verlust bzw. die Beeinträchtigung der betroffenen geschützten Biotope ausgeglichen. So werden für den Verlust von Gewässern (1.080 m²) mehrere neue Stillgewässer entwickelt (2.840 m² im Zuge der Maßnahme A4, 4.700 m² im Zuge der Maßnahme E3). Der Verlust des Schilfröhrichts (1.150 m²) wird durch die Entwicklung von stillgewässerbegleitenden Feuchtbiotopen (Schilf/Hochstaudenflur; u.a. 14.580 m² im Zuge der Maßnahme E2), und der Verlust von Nasswiese (350 m²) wird durch die Neuanlage von Nasswiesen (Entwicklung von 25.800 m² Wiesen, darunter auch Nasswiesen, im Zuge der Maßnahme E2) kompensiert. Für den Verlust von Gehölzen (650 m² Gebüsch, 610 m² Feldgehölz, 2.290 m² Feldhecke) werden neue Gehölzflächen unterschiedlicher Ausprägung angelegt (3.410 m² im Zuge der Maßnahme A8, 1.860 m² im Zuge der Maßnahme E3). Der Verlust von Waldflächen (3.700 m²) wird durch die Neuanlage von Waldflächen (66.570 m² im Zuge der Maßnahme E1) ausgeglichen. Für die Verinselung der Biotopbestände erfolgt eine Kompensierung durch die Biotopaufwertungen bzw. -entwicklungen innerhalb der verinselten Flächen sowie an daran angrenzenden Flächen und an anderen Stellen.</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
Stellungnahmen BUND/ 12.0b Landschaftspflegerischer Begleitplan	<p>5 KONFLIKTANALYSE – ÄNDERUNGEN DURCH AKTUALISIERUNG DER FAUNA-DATEN</p> <p>Die Naturschutzverbände begrüßen die erfolgte und überfällige Aktualisierung und Ergänzung der Datengrundlage, die dazu führte, dass es nun auch gelungen ist, dass beispielsweise die Vorkommen der Rauch- und Mehlschwalbe im Bereich der Papierfabrik – auf die seitens der Naturschutzverbände mehrfach hingewiesen wurde – in den Planungsunterlagen angekommen sind. Weiter unberücksichtigt ist jedoch die Funktion des Planungsgebiets als Hauptrückzugsraum für Ufer-, Mehl- und Rauchschnalben sowie Mauersegler während so genannter Kältephasen in der Brutzeit.</p>	<p>Eine Funktion des Planungsgebiets als Hauptrückzugsraum „während so genannter Kältephasen in der Brutzeit“ war im überwiegend nasskalten Frühling und Frühsommer 2016 war nicht zu erkennen.</p> <p>Auf einen Zuzug von weit außerhalb des Untersuchungsraums brütender Mehl- und Rauchschnalben oder Mauerseglern ergaben sich während der Brutsaison 2016 – wie übrigens bereits auch im Erfassungsjahr 2009 – keinerlei Hinweise, auch nicht während Kälteperioden. Im Fall von Mehl- und Rauchschnalbe ist dies auch nicht zu erwarten – siehe Ausführungen in den „Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands“. Für die Mehlschnalbe sind dort Radien der Jagdhabitate um die Neststandorte von 1.000 m, für die Rauchschnalbe von 500 m angegeben.</p> <p>Uferschnalben kamen – wie bereits im Jahr 2009 – im Untersuchungsraum überhaupt nicht zur Beobachtung und es sind im weiten Umfeld aktuell auch keine Brutkolonien mehr vorhanden.</p>
Stellungnahmen BUND/ 12.0b Landschaftspflegerischer Begleitplan	<p>9 ERGEBNISSE DER ARTENSCHUTZRECHTLICHEN BETRACHTUNG</p> <p><i>„Vor dem Hintergrund der neuen Fauna-Erhebungen (2016) zeigt sich, dass bei 74 Tierarten die Erfüllung der Verbotstatbestände nur bei Einhaltung von Vermeidungs-, Schutz-, Ausgleichs-, Ersatz- und/oder Gestaltungsmaßnahmen verhindert werden, wobei einige Maßnahmen vorgezogen umgesetzt werden müssen (CEF-Maßnahmen).“</i></p> <p>Es ist darauf hinzuweisen, dass CEF-Maßnahmen nicht nur vorgezogen umgesetzt werden müssen, sondern, dass die Wirksamkeit hinsichtlich der fortdauernden Gewährleistung der ökologischen Funktionalität der Maßnahmen belegt sein muss. Es muss Gewissheit darüber bestehen, dass die durchgeführten Maßnahmen erfolgreich waren. Es ist darzulegen, wie die Erfolgskontrolle durchgeführt wird.</p>	<p>Zur Wirksamkeit von Maßnahmen, zum Monitoring und zum Risikomanagement siehe Ausarbeitung „Art-spezifische Hinweise“.</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
Stellungnahmen BUND/ 12.0b Landschaftspflegerischer Begleitplan	<p>Für 12 Arten wird ein artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand durch die vorliegende Planung ausgelöst: Mauereidechse, Zauneidechse, Kammolch, Kleiner Wasserfrosch, Knoblauchkröte, Laubfrosch, Springfrosch, Grauspecht, Kuckuck, Pirol, Schwarzspecht und Wendehals.</p> <p>Der vorgelegte Bericht führt aus: „Für diese 12 Arten sind kompensatorische Maßnahmen geplant, die erfüllt werden müssen, damit die Ausnahmeveraussetzungen nach § 45 BNatSchG gegeben sind.“</p> <p>Auch hier wird das Artenschutzrecht nicht korrekt wiedergegeben. Erforderlich ist der Nachweis der Wirksamkeit der Maßnahmen. Hierfür ist ein Regime zur Überwachung zu erarbeiten und vorzulegen.</p>	<p>Vorschläge für eine zeitliche Taktung der der Monitoring-Durchgänge sind in den Maßnahmenblättern genannt. Es wird zudem zugesichert, dass ein Monitoringkonzept nach der Genehmigung des Vorhabens ausgearbeitet wird, das den dann aktuellen fachlichen Vorgaben entspricht und mit der höheren Naturschutzbehörde abgestimmt wird.</p> <p>Bisher existieren noch keine verbindlichen Vorgaben für ein Monitoring. Bis zum Beginn der Baumaßnahmen wird dies jedoch erwartet. Diese Kriterien sollten dann dem Monitoring zugrunde gelegt werden.</p> <p>Zur Wirksamkeit von Maßnahmen und zum Risikomanagement siehe Ausarbeitung „Artspezifische Hinweise“.</p>
Stellungnahmen BUND/ 12.0b Landschaftspflegerischer Begleitplan	<p>FFH-Mähwiesen</p> <p>Im Bereich der Trasse sind auf dem Rheindamm Verlustflächen in Bezug auf den LRT 6510 zu beklagen. Durch die vorliegende Brückenplanung wird eine Wiederherstellung dieser Flächen durch den Landesbetrieb Gewässer erschwert bzw. verhindert. Es ist ein Konzept abzustimmen und vorzulegen, wie die Beeinträchtigungen für die erforderliche Wiederherstellung von Verlustflächen aufgefangen werden können.</p>	<p>Die Wiesenflächen auf dem Rheindamm, die sich innerhalb des FFH-Gebietes befinden, werden weder temporär noch dauerhaft beansprucht. Insofern sehen wir keine Notwendigkeit für Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Gewässer</p>
Stellungnahmen BUND/ 12.0b Landschaftspflegerischer Begleitplan	<p>Neobiota</p> <p>Es ist stark zu erwarten, dass durch die geplante Bautätigkeit das Vordringen von Neobiota in die wertvollen Habitate des Planungsraums gefördert wird.</p> <p>Ein Konzept zur Überwachung und Kontrolle von Neophyten und Neozoen ist vorzulegen. Insbesondere in Bezug auf den Kaliko-Krebs ist eine Erhebung zur aktuellen Verbreitung im Planungsraum durchzuführen anhand der dann alle Gewässermaßnahmen überprüft und ggf. angepasst werden müssen. Ohne Kenntnis der Verbreitung dieser Art sind für alle Gewässermaßnahmen höchste Prognoseunsicherheiten in Bezug auf deren Eignung als Habitat für Amphibien und andere Arten anzusetzen. Ihre Eignung als CEF- oder FCS-Maßnahmen ist somit unter dieser Voraussetzung nicht gegeben.</p>	<p>Die Problematik bezüglich der Neophyten und Neozoen, insbesondere des Kalikokrebses, ist bekannt. Die Art stellt eine massive Bedrohung der gesamten einheimischen Limnofauna dar. Auch vom Verbreitungsbild her ist nicht auszuschließen, dass die Art in Zukunft im Betrachtungsraum auftritt.</p> <p>Bei einer Einwanderung sind Maßnahmenflächen gleichermaßen betroffen wie bereits bestehende Gewässer. Es ist somit nicht auszuschließen, dass im Fall einer zeitnahen Einwanderung – in diesem Zusam-</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
		<p>menhang sind insbesondere die Amphibien betroffen – die bestehenden Lurch-Bestände massiv beeinträchtigt werden oder sogar erlöschen, noch ehe mit der Umsetzung des Projekts begonnen wird.</p> <p>Die Ausgleichsgewässer werden so geplant, dass sie nicht dauerhaft Wasser führen. Dadurch wird deren Besiedlung durch den Krebs erschwert, wenngleich dies hierdurch nicht völlig verhindert werden kann. Wanderbarrieren, wie beispielsweise liegende Baumstämme, können eine Besiedlung durch den Kaliko oder auch andere, weniger aggressive und ebenfalls eingeschleppte Krebsarten erschweren, verhindern aber gleichzeitig, dass wanderschwache Amphibienarten wie beispielsweise Molche die Gewässer erreichen oder wieder verlassen können. Daher sind solche Maßnahmen nicht vorgesehen.</p>
Stellungnahmen BUND/ Anhang 1 zum LBP/ Maßnahmenblätter	<p>Es sind weiterhin Maßnahmen in Eggenstein-Leopoldshafen und Philippsburg vorgesehen. Diese werden von den Naturschutzverbänden entschieden abgelehnt. Ein funktionaler Bezug dieser Maßnahmen ist nicht darstellbar. Die Planer werden aufgefordert, auf die Stadt Karlsruhe zuzugehen, um die Verfügbarkeit lokaler Maßnahmenflächen zu erreichen. Auf das Gebot des räumlich-funktionalen Zusammenhangs von CEF-Maßnahmen wird hingewiesen.</p>	<p>Der pauschalen Auffassung, die lokale Population sei zu weit gefasst, wird nicht gefolgt. Maßnahmen südlich und westlich von KA-Eggenstein sind ca. 5 km von Eingriffsort entfernt und werden im Fall der Avifauna als solche gewertet, von welchen die lokalen Populationen profitieren. Für Vertreter der Herpetofauna werden die Flächen bei KA-Eggenstein konsequent als FCS-Maßnahmen bewertet. Vorgesehene Maßnahmen in Huttenheim hingegen werden für alle Artengruppen als kompensatorische Maßnahmen eingestuft, von welchen die lokale Population nicht profitieren kann.</p> <p>In früheren Abstimmungen mit Vertretern der Stadt Karlsruhe wurde der Wunsch geäußert, dass möglichst eine oder einige größere zusammenhängende Maß-</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
		<p>nahmen auf Karlsruher Gemarkung geplant werden sollen. Diesem Wunsch wird durch die Maßnahmen A8 „Naturnahe Umgestaltung der Alb“, Gewässeraufwertungen und -neuanlagen in der „ehemaligen Raffinerie-Erweiterungsfläche“ und Im „Kirchtal“ (A4), einer Magerrasenentwicklung mit Sonderstrukturen (A3), Altholzschutzmaßnahmen im „Kastenwört“ (A11) sowie der Anlage eines Fledermausturms in der „ehemaligen Raffinerie-Erweiterungsfläche (A5)“ entsprochen. Eine Flächenverfügbarkeit für weitere große Maßnahmenflächen (mit speziellen Standortansprüchen) war nicht erkennbar, weshalb auf bundeseigenen Flächen außerhalb von Karlsruhe flächenhaft große Maßnahmen geplant wurden.</p> <p>Damit wurde bei der Planung den Vorgaben gemäß Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 08.08.2008, Az.: S16/7172.1/3/898498 gefolgt, das vorgibt, den Grundstücksbedarf der Bundesfernstraßenverwaltung vorrangig aus dem Liegenschaftsvermögen der BlmA zu decken</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
Stellungnahmen BUND/ Anhang 1 zum LBP/ Maßnahmenblätter	<p>A 2 Ausbringen von Gesteinsstrukturen</p> <p>Die Darstellung der CEF-Maßnahmen für Reptilien lässt keine fachgerechte Bewältigung des Artenschutzes erkennen, wie sie von Laufer 2014¹ beschrieben wird. Zur Dimensionierung der Planung (d.h. der benötigten Flächen und Habitatstrukturen) ist es erforderlich, die Individuenzahl zu bestimmen. Ebenso ist nicht erkennbar, wie detailliert die neu zu schaffenden Habitatstrukturen ausgestaltet werden sollen.</p> <p>Das Maßnahmenkonzept ist auch beispielsweise in Bezug auf zeitliche Abläufe zu ergänzen und zu präzisieren.</p> <p>Es ist zu gewährleisten, dass insbesondere bei der geplanten Umsiedlung von Mauereidechsen diese im engsten räumlichen Zusammenhang verbleiben, um mögliche Verfälschungen der genetischen Vielfalt anderer Populationen durch nicht auszuschließende nicht heimische Herkünfte zu vermeiden.</p>	Siehe Ausarbeitung „Artspezifische Hinweise“.
Stellungnahmen BUND/ Anhang 1 zum LBP/ Maßnahmenblätter	<p>A5 Altholzentwicklung</p> <p>Als Ziel wird formuliert: „Entwicklung von Altbäumen als Lebensraum für höhlenbrütende Vogelarten, Fledermäuse, für Käfer und die Pappelglucke“. Wie es gelingen soll, in einem überschaubaren Zeitraum weniger Jahren Altbäume zu entwickeln, bleibt der Geheimnis der Planer. Voraussetzung dafür, dass Altbäume als Habitat für durch die vorliegende Planung verdrängte Tiere dienen können ist es, dass noch genügend unbesetzte Habitatrequisiten vorhanden sind. Aufgrund der forstwirtschaftlichen Nutzung sowie dem anstehenden Bau eines Rückhalteraums Bellenkopf/Rappenwört, geplanten Dammertüchtigungen etc. ist davon auszugehen, dass der schon heute zu beklagende Mangel an Höhlen- und Habitatbäumen sich weiter verschärfen wird. Es müssen also maßgeblich Flächen (deutlich mehr als 1:1) „entwickelt“ (d.h. aus der Nutzung genommen) werden, um die Verluste an Altbauhabitaten durch die geplante Trasse auffangen zu können, so dies überhaupt möglich ist.</p>	<p>Altbäume werden nicht entwickelt, sie entwickeln sich von selbst. Da in der „ehemaligen Raffinerie-Erweiterungsfläche“ viel Weichholz stockt und beispielsweise Pappelbestände schon im Alter von 50 - 60 Jahren in die Alt- und Totholzphase übertreten, ist eine relativ kurzfristige Anreicherung an Alt- und Totholz realistisch.</p> <p>Ein Abgleich mit den Erhaltungs- und Entwicklungszielen des NATURA 2000-Gebiets im Bereich „Rappenwört“ wurde im Vorfeld durchgeführt. In der Grundlakenkarte des Managementplans zum VSG ist die Fläche als Lebensraumstätte des Mittelspechts ausgewiesen, die Uferbereiche sind als Nahrungshabitate des Weißstorchs dargestellt. In der Zielekarte zum VSG ist die Fläche nicht belegt. In der kombinierten Bestands-Zielekarte zu den FFH-LRT ist die Fläche als LRT 91 F0 mit Erhaltungszustand C dargestellt, als Entwicklungsziel ist ebenfalls LRT 90 F0 genannt. Die vorgeschlagene Flächenstilllegung trägt somit zur Umsetzung der Entwicklungsziele bei.</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
		<p>Die Maßnahme im Zuge des Baus der 2. Rheinbrücke wurde mit den Polderplanungen abgestimmt. Vom beauftragten Planungsbüro wurden Shapefiles mit den geplanten Maßnahmen im Zuge der Polderplanung auf der Zielfläche und der Umgebung zur Verfügung gestellt. Auf der Fläche ist lediglich eine naturnahe Waldrandgestaltung zum Rheindeich hin vorgesehen. Diese stellt keinen Zielkonflikt mit der im Zuge der 2. Rheinbrücke geplanten Flächenstilllegung dar. Dies ist auch im Maßnahmenblatt so vermerkt.</p>
	<p>A 7 Weiterführen der zweischürigen Mahd von Magerrasen entlang des östlichen Albdeichs</p> <p>Das bloße Weiterführen einer bestehenden Nutzung kann nicht als Kompensationsmaßnahme im Sinne der Eingriffsregelung angesehen werden. Auch ist es nicht nachvollziehbar, wie eine Fortführung einer bestehenden Pflege als CEF-Maßnahme neu hinzukommende Beeinträchtigungen für eine Art aufzufangen vermögen sollen. Vorzusehen wären vielmehr Maßnahmen, die zu einer Aufwertung aufwertungsbedürftiger Bereiche führen – für die Eingriffsfolgenbewältigung - bzw. Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Beeinträchtigungen durch zusätzliche, neu geschaffene Maßnahmen aufgefangen werden – in Bezug auf die CEF-Maßnahmen.</p> <p>Die Weiterführung der zweischürigen Mahd ist zu sichern, <u>als Kompensations- und CEF-Maßnahmen sind jedoch zusätzlich Maßnahmen in dem erforderlichen Umfang (derzeitige Planung: 7.310 m²) zu suchen und vorzulegen.</u></p>	<p>Die Maßnahme A7 „Weiterführen der zweischürigen Mahd von Magerrasen entlang des östlichen Albdeichs ...“ wurde bei der vorangegangenen Offenlegung als CEF-Maßnahme eingestuft, weil sie seinerzeit noch nicht umgesetzt war und deshalb von uns vorgeschlagen wurde. Zwischenzeitlich ist die Änderung des Mahdregimes hin zu einer <i>Maculinea</i>-gerechten Bewirtschaftung erfolgt. In der aktuellen Version der saP wurde sie als bereits umgesetzte CEF-Maßnahme belassen, hätte aber auch als artspezifische Vermeidungsmaßnahme eingestuft werden können. Um die Weiterführung der zweischürigen Mahd dauerhaft zu sichern, wurde die Maßnahme weiterhin als CEF-Maßnahme eingestuft und nicht nur als Vermeidungsmaßnahme.</p> <p>Die Maßnahme zielt darauf ab, dass schlüpfende Falter blühende Wiesenknopf-Bestände vorfinden, da sie ansonsten zum Abfliegen aus ihrem angestammten Habitat veranlasst werden und dann ein erhöhtes Tötungsrisiko besteht (durch Kollisionsverluste mit Kfz oder noch mehr durch Nichtauffinden von Wiesen-</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
		<p>knopf-Beständen, auf welche die Art zwingend angewiesen ist).</p> <p>Von weit über 100 Stauden des Großen Wiesenknopfes liegen 2 im Baufeld. Ein geringer Anteil an Pflanzen stehen aufgrund der Maßnahme S5 „Mahd des Albdeichs und Kurzhalten der Vegetation ...“ während der Bauphase nicht zur Verfügung – eine Maßnahme, die insbesondere auch für den Nachtkerzenschwärmer entwickelt wurde. In Anbetracht der vorangegangenen Bewirtschaftung des Deichs, der Größe des Wiesenknopfbestandes auf der Gesamtstrecke zwischen Südtangente und bestehender Albbrücke, der Seltenheit der Falter (in 2016 konnte trotz mehrfacher Begehungen während der Hauptflugzeit der Art nur ein einziges Exemplar nachgewiesen werden) und dem nur temporären Entzug eines kleinen Teils der Raupenfraß- bzw. Nektarpflanzen während der Bauzeit ist durch die dauerhafte Sicherstellung einer für die Bläulinge günstigen Deichbewirtschaftung auszuschließen, dass Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG einschlägig werden. Bedarf für zusätzliche Maßnahmen ergibt sich daher nicht.</p>
	<p>A 11 Altholzisierung</p> <p>Die vorgesehene Maßnahme südlich des Rheinstrandbades ist im MaP für das FFH-Gebiet „Rheinniederung zwischen Winterdorf und Karlsruhe“ als Erhaltungsmaßnahme dargestellt. Ihre Umsetzung ist aufgrund dieser rechtlichen Bindung zwingend und sie kann somit keine kompensatorische Wirkung im Rahmen der Eingriffsfolgenbewältigung mehr leisten. Es ist deshalb zu Kompensationszwecken eine andere Altholzfläche zu bestimmen und festzusetzen.</p>	<p>Ein Abgleich mit den Erhaltungs- und Entwicklungszielen des NATURA 2000-Gebiets wurde im Vorfeld durchgeführt. In der Grundlagenkarte des Managementplans zum VSG ist die Fläche als Lebensraumstätte des Mittelspechts ausgewiesen, die Uferbereiche sind als Nahrungshabitate des Weißstorchs dargestellt. In der Zielekarte zum VSG ist die Fläche nicht belegt. In der kombinierten Bestands-Zielekarte zu den FFH-LRT ist die Fläche als LRT 91 F0 mit Erhal-</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
		<p>tungszustand C dargestellt, als Entwicklungsziel ist ebenfalls LRT 90 F0 genannt. Die vorgeschlagene Flächenstilllegung trägt somit zur Umsetzung der Entwicklungsziele bei.</p>
	<p>E2 „FCS-Maßnahme. zur Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes für [...] Kammolch, Kleiner Wasserfrosch, Knoblauchkröte, Laubfrosch, Springfrosch“ Für diese wie für sämtliche anderen Gewässermaßnahmen ist fachgutachterlich zu bewerten, ob aufgrund aktueller oder sich in Kürze abzeichnender Kaliko-Krebs-Präsenz überhaupt eine Amphibieneignung darstellen lässt. Das Einholen entsprechender Beratung durch Prof. Martens (PH Karlsruhe) wird dringend empfohlen.</p>	<p>Die Problematik bezüglich der Neophyten und Neozoon, insbesondere des Kalikokrebsses, ist bekannt. Die Art stellt eine massive Bedrohung der gesamten einheimischen Limnofauna dar. Auch vom Verbreitungsbild her ist nicht auszuschließen, dass die Art in Zukunft im Betrachtungsraum auftritt.</p> <p>Bei einer Einwanderung sind Maßnahmenflächen gleichermaßen betroffen wie bereits bestehende Gewässer. Es ist somit nicht auszuschließen, dass im Fall der zeitnahen Einwanderung – in diesem Zusammenhang sind insbesondere die Amphibien betroffen – die bestehenden Lurch-Bestände massiv beeinträchtigt werden oder sogar erlöschen, noch ehe mit der Umsetzung des Projekts begonnen wird.</p> <p>Die Ausgleichsgewässer werden so geplant, dass sie nicht dauerhaft Wasser führen. Dadurch wird deren Besiedlung durch den Krebs erschwert, wenngleich dies hierdurch nicht völlig verhindert werden kann. Wanderbarrieren, wie beispielsweise liegende Baumstämme, können eine Besiedlung durch den Kaliko oder auch andere, weniger aggressive und ebenfalls eingeschleppte Krebsarten erschweren, verhindern aber gleichzeitig, dass wanderschwache Amphibienarten wie beispielsweise Molche die Gewässer erreichen oder wieder verlassen können. Daher sind solche Maßnahmen nicht vorgesehen.</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
12.7.1.b / Fachbeitrag Artenschutz/ saP	<p>Das Dokument genügt nicht den Anforderungen für eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung. Die Abgrenzung der lokalen Populationen stellt sich wenig plausibel dar. Es fehlen Angaben zur Individuenzahl der einzelnen Populationen und Abschätzungen zu den Individuenverlusten der betroffenen Populationen. Auch die zu stellenden Anforderungen an die Konkretheit der Darstellung von CEF- und FCS-Maßnahmen werden nicht erreicht.</p>	<p>Die Abgrenzungen der lokalen Populationen wurden, soweit ableitbar, nach Vorgaben des MLR, ansonsten nach fachlichen Kriterien festgelegt.</p> <p>Zur Bestandssituation von Vögeln im näheren Umfeld des Planungsraumes siehe Tabelle 2 auf Seite 24 ff im Faunabericht. Zur Abschätzung der Individuenzahlen der lokalen Populationen der besonders planungsrelevanten Vogelarten sowie der betroffenen Herpetofauna, zur Dimensionierung und zum Risikomanagement siehe Ausarbeitung „Artspezifische Hinweise“.</p>
12.7.1.b / Fachbeitrag Artenschutz/ saP	<p>Anforderungen an CEF- und FCS – Maßnahmen nicht hinreichend erfüllt: Beispielhaft an 2 Beispielen dargelegt:</p> <p>Knoblauchkröte</p> <p>Auf die Stellungnahme vom 4.11.2013 wird verwiesen. Die Planung nimmt weiterhin die Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen, die einen Teil des Schwerpunktorkommens von <i>Pelobates fuscus</i> in Baden-Württemberg (vgl. LAUFER & WOLSBECK 2007) bilden, in Kauf. Dies trotz eines als ungünstig-schlecht beschriebenen Erhaltungszustands in Baden-Württemberg. Dies führe allerdings zu „keiner weiteren Verschlechterung des jetzigen ungünstigen Erhaltungszustandes der Populationen in Baden-Württemberg“. Wenn so auch bei den restlichen Vorkommen der Knoblauchkröte argumentiert wird, dürfte das Aussterben der Art bald erreicht sein. Aber dann ist offenbar der Erhaltungszustand gemäß Argumentation des Vorhabenträgers, auch nur schlecht und hat sich ja nicht verschlechtert.</p>	<p>Siehe Ausarbeitung „Artspezifische Hinweise“.</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
	<p>Pirol</p> <p><i>„Durch die generellen Vermeidungsmaßnahmen S1 und V1 wird versucht, die Störungen im Trassenumfeld auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Trotzdem wird störungsbedingt von der Aufgabe von zwei Brutrevieren des Pirols ausgegangen. Es werden zwar Altholzbestände im Bereich „Kastenwört“ aus der Nutzung (A11) genommen, dieser Bereich erscheint allerdings deutlich zu klein, um zwei Brutpaaren adäquate Ausweichmöglichkeiten zu bieten. Da die geplanten Maßnahmen bei Huttenheim (siehe unten) zu größeren Teilen nicht im betroffenen Naturraum „Nördliche Oberrhein-Ebene“, sondern im angrenzenden Naturraum „Hardtebenen“ liegen, können sie nicht ohne weiteres der lokalen Population (gemäß der Definition des MLR 2009) zugeordnet werden. Daher wird vorsorglich von einer störungsbedingten Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population ausgegangen.“</i></p> <p>[...]</p> <p><i>Ad-hoc-Maßnahmen bei Lebensraumverlust für Vogelarten mit Waldbindung sind nicht ohne weiteres realisierbar. Baumpflanzungen benötigen im Falle des Pirols Jahrzehnte, bis sie in die artspezifische Habitatqualität hineinwachsen. Eine sofort wirksame Maßnahme stellt die langfristige Sicherung von Altholzbeständen dar, da die Habitate bereits entwickelt sind und als Lebensräume zur Verfügung stehen. Da es sich aber um die Erhaltung bereits bestehender Strukturen handelt, würde eine Umsetzung dieses Maßnahmentyps alleine nicht ausreichen, weil besiedelbare Strukturen bei langfristiger Betrachtung immer weiter zurückgehen. Aus diesem Grund sind Maßnahmen beider Typen – Gehölzpflanzungen sowie Altholzsisicherung und -entwicklung – vorgesehen. Beide Maßnahmentypen werden bereits im Vorfeld des Eingriffes realisiert, wenn auch nicht sofort im vollen Umfang wirksam.“</i></p>	
	<p>aufzufangen. Es ist also ein Monitoringkonzept vorzulegen und ein Risikomanagement zu erarbeiten, um mit den entsprechenden Prognose- und Erfolgsunsicherheiten umgehen zu können.</p>	<p>Vorschläge für eine zeitliche Taktung der der Monitoring-Durchgänge sind in den Maßnahmenblättern genannt.</p> <p>Bisher existieren noch keine verbindlichen Vorgaben für ein <u>Monitoring</u>. Bis zum Beginn der Baumaßnahmen wird dies jedoch erwartet. Diese Kriterien sollten dann dem Monitoring zugrunde gelegt werden.</p> <p>Es wird zugesichert, dass ein Monitoringkonzept nach der Genehmigung des Vorhabens ausgearbeitet wird,</p>

Kapitel /Art	Naturschutzverbände	Straßenbauverwaltung
		<p>das den dann aktuellen fachlichen Vorgaben entspricht und mit der höheren Naturschutzbehörde abgestimmt wird.</p> <p>Zum <u>Risikomanagement</u> für Vogelarten mit Altholzbindung sowie für Reptilien und Amphibien siehe Ausarbeitung „Artspezifische Hinweise“.</p>
<p>12.7.2a Sondergutachten Vögel + Lärm</p>	<p>In der Sonderuntersuchung Vögel und Straßenverkehr wird eine kursorische Betrachtung der Wirkungen einer Vollsperrung der bestehenden Rheinbrücke vorgenommen.</p> <p>Die angebliche Erforderlichkeit der Planung wird anhand des Ziels der Redundanz behauptet. Damit wäre zentrale Funktion des Neubaus, Sperrungen der bestehenden Brücke aufzufangen. Damit sind sämtliche Umweltauswirkungen der Planung an diesem Szenario auszurichten und die Bewertungen hierauf zu beziehen. Eine kursorische Prüfung im Rahmen eines einzelnen Sondergutachtens deckt diese Anforderung nicht ab.</p>	<p>Der Einwand wird zur Kenntnis genommen, jedoch nicht geteilt.</p>